

Für verschärftes Fracking-Gesetz

CDU-MdB Pols: „Einig, dass wir am Ende Fracking überhaupt nicht brauchen“

fk Lüchow. Die CDU-Bundestagsfraktion wird einen Gesetzentwurf verschärfen, mit dem die Bundesregierung den Einsatz von Fracking-Methoden zur Erdgasgewinnung regeln will. Das kündigte der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckhard Pols am Donnerstag in Lüchow an. Pols äußerte sich in einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Über den Referentenentwurf sei „das letzte Wort noch nicht gesprochen“, erklärte Pols. Viele Fraktionsmitglieder sahen die vorgesehenen Regelungen kritisch. Pols legte wiederholt Wert auf die Feststellung, dass es sich bei dem Gesetzentwurf um eine Vorlage aus den beiden SPD-geführten Ministerien für Wirtschaft und Umwelt handle.

Die Fracking-Arbeitsgruppe der BI hatte zu einer Podiumsdiskussion über Fracking und normale Gasgewinnung eingeladen. Außer Pols nahmen die Grünen-Bundestagsabgeordnete Julia Verlinden, die SPD-Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ehlers, die ehemalige Linken-Bundestagsabgeordnete Johanna Voß, der Geschäftsführer des Wasserverbandes Wendland, Carsten Riebock, und Friedhelm Korth für den DBG-Kreisverband teil.

Verlinden versprach Pols, ihn im Zuge der Gesetzesberatungen an seine Aussagen zu erinnern. Der CDU-Abgeordnete hatte zuvor ausdrücklich im Namen seiner Fraktionskollegen Kritik an dem Gesetzentwurf angemeldet. Das gelte unter



Diskutierten in Lüchow über Fracking: (von links) Eckhard Pols (CDU-Bundestagsabgeordneter), Julia Verlinden (MdB der Grünen), Andrea Schröder-Ehlers (MdB der SPD), Moderator Martin Donat (BI Umweltschutz), (verdeckt: Dieter Metk, BI), Johanna Voß (Linke), Carsten Riebock (Wasserverband Wendland) und Friedhelm Korth (DGB-Kreisverband).
Aufn.: K.-F. Kassel

anderem für den Umgang mit dem Lagerstättenwasser. Dabei handelt es sich um das auch bei normaler Erdgasgewinnung anfallende Wasser, bei dem es sich nach Aussagen von Dieter Metk von der Fracking-AG um einen gefährlichen Chemiecocktail handelt. Selbst das Bergamt könne keine Auskunft geben über Bestandteile dieses Cocktails. Bekannt sei der große Anteil von Quecksilber, aber auch Toluole und anderer gefährlicher Chemikalien dieser „Giftbrühe“ bildeten eine ständige Gefahr für die Lebensqualität in den Gebieten, in denen Bohrungen niedergebracht und Erdgas auf die eine oder andere Weise gefördert werden solle. Nach

Ansicht von WVV-Geschäftsführer Riebock muss es eine bessere Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Aufsuchungserlaubnis etwa im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung geben. Regionale Wasserversorger seien überhaupt nicht beteiligt. Bisher seien nur Wasserschutzgebiete von der Erdgaserkundung ausgenommen. Das reiche bei Weitem nicht aus. Auch die weiträumigeren Was-

sergewinnungsgebiete und die Vorranggebiete der Regionalen Raumordnungsprogramme und dem des Landes müssten berücksichtigt werden. „Was passiert im Schadensfall?“ Auch das sei ungeklärt. Bisher würden die Kosten den Wasserverbrauchern zur Last fallen. Voß machte auf den Zusammenhang zwischen Erdgasgewinnung und dem Freihandelsabkommen TTIP aufmerksam. Gelte

dieses Abkommen, könnten die internationalen Konzerne ihren Anspruch zur Erdgasgewinnung gegen nationale Schutzregelungen oder Verbote durchsetzen. Die Abgeordneten von Grünen und SPD waren sich darin einig, dass eine der zentralen Aufgaben die Veränderung des Bergrechts ist. Das fördere und bevorzuge das Aufsuchen unterirdischer Bodenschätze gegenüber anderen Zielen. Verlinden wies darauf hin, dass nach internationalen Erkenntnissen zwei Drittel aller Vorkommen an unterirdischen Energieträgern auch unterirdisch bleiben müssten, wenn man beim Klimaschutz überhaupt irgendetwas erreichen wolle.

Im Unterschied zu den Grünen will die SPD die traditionelle Erdgasförderung jedoch nicht verbieten. Allerdings sollte es in jedem Fall strengere Umweltauflagen geben. Friedhelm Korth stellte die kurze DGB-Aussage vor. Danach sollte es ein Moratorium geben, bis alle Risiken bewertet worden seien. Er hält Fracking aber für eine „umweltfeindliche Methode“, die nur kurzzeitig Arbeitsplätze schaffe. CDU-Mann Pols meinte, man sei sich auf dem Podium einig, „dass wir am Ende Fracking überhaupt nicht brauchen“.

Jetzt schnell sichern!
Gültig bis 28.02.2015
- Limitiertes Angebot -

Audi
Vorsprung durch Technik